

Antrag 10/I/2021

SPD-Bezirk Hannover

Der Landesparteitag möge beschließen:

Europa

1 Am 21. Juli 2020 haben die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten wichtige Eckpunkte für
2 die zukünftige Entwicklung der EU vereinbart. So wurden Grundlagen für einen Aufbaufonds (Next Genera-
3 tion) in Höhe von 750 Mrd. € und für den Rahmen des normalen Haushalts der EU (Mehrjähriger Finanz-
4 rahmen) für die nächsten 7 Jahre gelegt. Nun werden die Details und rechtlichen Fragen zwischen dem
5 Ministerrat und dem Europäischen Parlament ausgehandelt.

6 1) Mit seinen Schlussfolgerungen vom 21. Juli 2020 hat der Europäische Rat erstmals ein Bekenntnis zur
7 Rechtsstaatlichkeit und einen Mechanismus zum Schutz des Haushalts im Mehrjährigen Finanzrahmen
8 verankert. Die SPD in Niedersachsen fordert, dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte
9 und der Demokratie auch im Rahmen von finanziellen Leistungen der EU klar garantiert werden müssen.
10 Liegt die Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten vor und
11 es besteht eine systemische Gefährdung der in Artikel 2 EUV verankerten Werte, dann müssen finanzielle
12 Leistungen an die Mitgliedstaaten eingeschränkt werden. Eine EU-Verordnung über den Schutz des Haus-
13 halts der EU im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten
14 soll die finanziellen Interessen der EU schützen. Dies muss sowohl für den Aufbaufonds (Next Generation)
15 als auch für den gesamten Europäischen Haushalt gelten. Mit dieser Verordnung müssen EU-Mittel, etwa
16 aus dem Kohäsionsfonds, bei Rechtsstaatsverstößen in substantiellem Maße einbehalten werden können.
17 Die Verordnung muss einen praktikablen Entscheidungsmechanismus beinhalten. Dabei soll das Abstim-
18 mungsverfahren so konstruiert sein, dass dieses Instrument auch effektiv genutzt und nicht durch eine
19 Minderheit im Ministerrat blockiert werden kann.

20 2) Die SPD in Niedersachsen begrüßt, dass die sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf einen um-
21 fangreichen Aufbaufonds zur Ankurbelung der Wirtschaft verständigt haben, um den Auswirkungen der
22 Corona-Krise deutlich entgegenzuwirken. Allerdings soll eine Verordnung für den Aufbaufonds die Zuwei-
23 sung aus den Krediten auf die Mittelausstattung konkreter Programme regeln, das Europäische Parlament
24 wird nur „informiert“ (Ratsverordnung gemäß Art. 122, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Uni-
25 on). Eine wirkliche demokratische Kontrolle wird in den Verhandlungen aufgegriffen werden müssen. Für
26 die SPD in Niedersachsen ist klar, dass das Europäische Parlament und die Parlamente der Mitgliedstaaten
27 nicht in ihren Haushaltsrechten eingeschränkt werden dürfen.

28 3) Für die SPD in Niedersachsen ist es nicht nachzuvollziehen, dass auf dem Treffen der Staats- und Regie-
29 rungsschefs der EU eine politischen Einigung über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021– 2027, dem origi-
30 nären Haushalt der EU, getroffen wurde, die deutliche Kürzungen gegenüber dem Ist-Stand und gegenüber
31 den Haushaltsvorschlägen von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament vorsieht.
32 Damit werden zentrale Aufgaben der EU in Frage gestellt. So kann man die vorgeschlagenen Kürzungen im
33 Gesundheitssektor in der heutigen Zeit nicht verstehen, die vorgeschlagenen Kürzungen bei Bildung, digita-
34 lem Wandel und Innovation gefährden den Zusammenhalt und die Innovationskraft, die vorgeschlagenen
35 Kürzungen der Strukturpolitik laufen den Notwendigkeiten des Green Deal, der sozialen Kohäsion und den
36 Qualifikationsanforderungen zuwider und die vorgeschlagenen Kürzungen in den Bereichen Asyl, Migrati-
37 on und Grenzschutz passen überhaupt nicht in die unsichere Lage der globalen Welt. Von den Kürzungen
38 betroffen sein könnten u.a. die bekannten und bewährten EU-Programme Horizont Europa, InvestEU, Eras-
39 mus, Europäischer Sozialfonds, Fonds für einen gerechten Übergang, Digitales Europa, Connecting Europe,
40 LIFE +, EU4health, Fonds für integriertes Grenzmanagement, Creative Europe, das Programm Rechte und
41 Werte, der Europäische Verteidigungsfonds, das Instrument für Nachbarschaft, die Entwicklungszusam-
42 menarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) und humanitäre Hilfe. Die SPD fordert den Minis-
43 terrat auf, sich in den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament einer angemessenen Finanzierung
44 des nächsten MFR nicht zu widersetzen und Kürzungsbestrebungen der wichtigen EU-Kernprogramme auf-

45 zugeben. Zudem dürfen Überlegungen wie die Kürzung der Kofinanzierungssätze in der Strukturförderung
46 oder zwingende Mittelverlagerungen aus den Strukturfonds in andere Bereiche nicht weiterverfolgt wer-
47 den.

48

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschluss über mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 der EU